

Grußwort: Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer in der GEW Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer in der GEW Berlin möchte ich herzlich gratulieren zu ihrem 40-jährigen Jubiläum und zu allem, was ihre Mitglieder in den letzten Jahrzehnten erreicht haben.

Bis 1968 stellte der Paragraph 175 homosexuelle Handlungen in der DDR unter Strafe. Lehrpersonen konnten wegen ihrer homosexuellen Orientierung aus dem Schuldienst entlassen werden. In der BRD galt dies sogar noch ein Jahr länger. Im Osten wurde das diskriminierende Gesetz im Jahr 1988 dann ganz fallen gelassen. Im Rahmen der Rechtsangleichung nach der Wiedervereinigung wurde die bestehende Straflosigkeit auch in die BRD übernommen. Vollständig aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde der Paragraph 175 allerdings erst im Jahr 1994.

Seitdem hat sich zum Glück viel getan. Das ist in erster Linie dem gesellschaftspolitischen Engagement von Menschen wie Ihnen zu verdanken. Menschen, die sich nicht entmutigen lassen. Menschen, die nie aufgegeben haben, sich für ihre Rechte und für unsere demokratischen Grundwerte einzusetzen.

Obwohl sich die Gesetzeslage mittlerweile verändert hat, hat sich in den Köpfen der Menschen aber immer noch nicht genug getan. Homosexuelle Menschen haben nach wie vor mit Ressentiments zu kämpfen, noch immer gibt es strukturelle und individuelle Diskriminierungen gegen sie. Lehrpersonen betrifft das in besonderem Maße. Eine aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt, dass sich rund die Hälfte der homosexuellen Lehrkräfte nicht an ihren Schulen outen, aus Angst davor, konservative Eltern auf den Plan zu rufen oder von Schülerinnen und Schülern beziehungsweise vom Kollegium gemobbt zu werden.

Wen ein Mensch liebt, ist eine sehr persönliche Angelegenheit. Doch auch das Private ist politisch. Denn unsere sexuelle Identität ist eine zentrale soziale Dimension, die unser Leben bestimmt, ganz egal, ob wir schwul, lesbisch, bi- oder heterosexuell sind. Lehrkräfte treten als ganze Menschen vor ihre Klassen, sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern erziehen auch und wirken als Vorbild. Gerade deshalb sollten sie ihre eigene sexuelle Identität nicht verstecken müssen. Schulen tragen als zentrale Bildungseinrichtungen eine besondere Verantwortung. Deswegen ist es wichtig, dass sich Schulen gegen Mobbing und Diskriminierung engagieren: durch Aufklärung und die konsequente Umsetzung eines diskriminierungsfreien Schulkonzepts. Die Arbeitsgruppe schwuler Lehrer hat ihre Rolle als Unterstützer und Treiber dieser Entwicklung eindrucksvoll bewiesen.

Das Grundgesetz als Grundlage der demokratischen Ordnung in Deutschland konstatiert in seinen ersten drei Artikeln: "Die Würde des Menschen ist unantastbar", "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" und "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich". Seit insgesamt 40 Jahren macht sich die Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer nun für diese Grundrechte stark. Sie setzen sich dafür ein, ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein dafür zu fördern, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eine Realität ist, der entsprechende Sichtbarkeit und Anerkennung zusteht.

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb betrachtet es als ihre Aufgabe, das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu festigen. Sie begrüßt deshalb das Engagement der Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer sehr. Unsere Publikation „Sexualitäten, Geschlechter und Identitäten“ für den Einsatz im Unterricht ist in ihrem Entstehungsprozess von der Arbeitsgruppe wiederholt begleitet worden im gemeinsamen Anliegen, Toleranz zu fördern und Diskriminierungen entgegenzuwirken.

Ich möchte der Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer in der GEW Berlin im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung meinen Respekt und meine Anerkennung aussprechen und mich herzlich bei Ihnen bedanken. Mit ihrem Einsatz leisten Sie einen großartigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihr Engagement ist auch weiterhin unverzichtbar, damit in Zukunft niemand mehr Diskriminierung wegen seiner oder ihrer sexuellen Orientierung erfahren muss.

Thomas Krüger
Präsident Bundeszentrale für Politische Bildung